



Herausgegeben vom Pfarrer- und Pfarrerverein
in der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern

Verein

Aufruf des Wahlausschusses

Neuwahl der Beisitzerinnen und Beisitzer
des Hauptvorstandes

2020 wurden die beiden Vorsitzenden unseres Vereins neu gewählt. Im Folgejahr werden nach Ablauf ihrer Wahlperiode die Beisitzerinnen und Beisitzer des Hauptvorstandes neu gewählt. Zu wählen sind 12 Personen, die aktive Mitglieder des Pfarrer- und Pfarrervereins sind.

Die Wahl findet in der Vollversammlung durch die Vertrauenspfarrerinnen und Vertrauenspfarrer statt, die am **03. Mai 2021** in **Nürnberg** stattfinden wird.

Wir bitten Sie um Wahlvorschläge! Bitte senden Sie Ihre Vorschläge schriftlich – per Post oder E-Mail –

bis zum **31. Januar 2021** an den Leiter des Wahlausschusses

Pfarrer i. R. Uwe Bernd Ahrens, Adalbert-Stifter-Str. 7 A, 97318 Kitzingen,
Tel. 09321 3948422, e-mail: uwebernd.ahrens@gmx.de

Interessierte können sich mit Fragen an den Leiter und die Mitglieder des Wahlausschusses in den Kirchenkreisen wenden. Außerdem können sie sich über die Arbeit im Vorstand gern bei den Mitgliedern des Hauptvorstandes oder den Vorsitzenden informieren.

Die Wahlvorschläge werden im Korrespondenzblatt veröffentlicht. Die Kandidatinnen und Kandidaten haben Gelegenheit, sich schriftlich im Korrespondenzblatt vorzustellen.

Dem Wahlausschuss gehören weiterhin an:

KK Ansbach-Würzburg: Pfarrer Andreas Biesold,
Kirchstr. 1, 97645 Ostheim; andreas.biesold@freenet.de
KK Augsburg: Pfarrer Reinhold Hertle,
Nachthaube 1, 86754 Munningen, reinholdhertle@web.de
KK Bayreuth: Pfarrerin Dr. Johanna Lunk,
Gollersberg 2, 95126 Schwarzenbach, johanna.lunk@elkb.de
KK München: Pfarrerin i.R. Irene Lehmann,
Amberger Str. 19, 81679 München, irenelehmann@arcor.de
KK Nürnberg: Pfarrerin Karin Deter,
Pachelbelstr. 15, 90469 Nürnberg, karin.deter@elkb.de
KK Regensburg: Pfarrerin Veronika Mavridis,
Martin-Luther-Weg 2, 84056 Rottenburg/Laaber, veronika.kaepfel@elkb.de

Nr. 13 Sonderausgabe Dez. 2020
135. Jahrgang

Inhalt

Verein

Aufruf des Wahlausschusses
Neuwahl der Beisitzerinnen
und Beisitzer des HV **253**

Corinna Hektor
Vorankündigung zur
Frühjahrstagung **254**

Artikel

Renate Koch **235**
Informationen über Kranken-
versicherung und Beihilfe,
Versorgung und Rentenver-
sicherung für öffentlich-
rechtliche Mitarbeitende **255**

Pfarrerkommission

Corinna Hektor/
Daniel Tenberg **252**
Bericht aus der
134. Sitzung **261**

Editorial

264

Vorankündigung zur Frühjahrstagung 2021

Versammlung der Vertrauenspfarrerinnen und -pfarrer und Mitgliederversammlung

Wir hatten es uns anders vorgestellt.

Nachdem die letzte Frühjahrstagung ausfallen musste, hatten sich wohl alle auf die gewohnte Tagung im schönen Wildbad Rothenburg mit viel Zeit für Input und Gespräche gefreut. Leider hat sich aber herausgestellt, dass wir im Wildbad selbst im Theatersaal nicht arbeiten – und schon gar nicht gemeinsam essen – können, wenn wir die im letzten Sommer geltenden Abstandsregeln für Veranstaltungen zugrunde legen.

Niemand weiß, was kommt. Aber wir gehen davon aus, dass sich die Corona-Pandemie bis Mai nicht erledigt hat und wir uns zu unser aller Schutz weiter an Beschränkungen und Abstandsregeln halten müssen.

So haben wir schweren Herzens umgeplant:

Wir bleiben bei einer Präsenzsitzung.

Diese brauchen wir auch, da die Mitglieder des Hauptvorstandes neu zu wählen sind. Die Wahl ist uns wichtig; sie wird die Tagung mitbestimmen.

Daneben wollen wir mit einem Vortrag von Dr. Hübner und einem etwas kürzeren Vorstandsbericht inhaltliche Akzente setzen.

An der Herbsttagung haben wir mit dem **Maritim-Hotel in Nürnberg** sehr gute Erfahrungen gemacht. Darum haben wir uns entschlossen, auch mit der Frühjahrstagung dorthin zu gehen.

Das Maritim bietet genug Platz zum Arbeiten. Für einen festlichen Abend wie wir ihn uns alle wünschen, reicht er leider nicht. Daher wird die Frühjahrstagung **ausnahmsweise als EINTÄGIGE Veranstaltung am Montag, den 03. Mai 2021 stattfinden.**

Wir beginnen wie gewohnt um **10 Uhr** und werden bis **18 Uhr tagen!**

Ich bitte alle, die teilnehmen, sich auch den ganzen Tag frei zu halten.

Im Anschluss an die Tagung laden wir alle, die noch etwas bleiben können, zum Abendessen im Maritim ein.

Mitglieder sind wie immer zur Tagung und zum Essen eingeladen, Reisekosten müssen selbst getragen werden. Wir bitten um Ihr Verständnis, dass dieses Mal aber aus Platzgründen leider keine zusätzlichen Gäste teilnehmen können.

Für den Hauptvorstand
Corinna Hektor, Vorsitzende

Zum Thema Krankenversicherung und Beihilfe gibt es immer wieder Fragen, aber auch Irritationen und handfesten Ärger. Darum sind wir froh, dass die aktuellen Regelungen nun zusammengefasst als Information vorliegen. Dr. Renate Koch hat dankenswerterweise diese Arbeit geleistet. Die Informationen finden sich auch im Intranet – <https://www2.elkb.de/intranet/node/3471>

Wegen der hohen Bedeutung haben wir uns entschlossen, den Text im Korrespondenzblatt zu veröffentlichen und möchten damit zu einer schnelleren Verbreitung beitragen.

Wir freuen uns auf Rückmeldungen, da wir als Pfarrvertretung in den nächsten Wochen und Monaten gern einiges ansprechen wollen, um, wo nötig, auf Verbesserungen hinzuwirken.

Corinna Hektor, 1. Vorsitzende

Informationen über Krankenversicherung und Beihilfe sowie Versorgung und Rentenversicherung für Mitarbeitende der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis

1. Krankenversicherung und Beihilfe

Bei Beschäftigung in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis (Kirchenbeamten- oder Pfardienstverhältnis) der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern (ELKB) besteht ebenso wie bei staatlichen Beamtenverhältnissen Versicherungsfreiheit in der gesetzlichen Krankenversicherung. Für den Krankenversicherungsschutz haben Sie deshalb selbst zu sorgen. Seit 2009 ist der Abschluss einer ausreichenden Krankenversicherung Pflicht. Ergänzend zur vorrangigen Eigenvorsorge haben Sie einen Anspruch auf Beihilfen in Krankheits-, Geburts-, Pflege- und sonstigen Fällen nach der Kirchlichen Beihilfeverordnung (KiBhV, RS 766).

Sofern Sie bislang gesetzlich krankenversichert waren, haben Sie die Wahl, entweder als nunmehr freiwilliges Mitglied in Ihrer gesetzlichen Krankenkasse (z. B. AOK Bayern, Ersatzkasse, Betriebskrankenkasse, Innungskrankenkasse) zu bleiben oder zu einer privaten

Krankenkasse zu wechseln und eine private beihilfekonforme Krankenversicherung abzuschließen.

1.1 Freiwillige Versicherung in einer gesetzlichen Krankenkasse

Entscheiden Sie sich für die freiwillige Versicherung in einer gesetzlichen Krankenkasse, können Sie beim Referat F 4.8 – Beihilfe des Landeskirchenamts (Adresse siehe Nr. 6 dieses Abschnitts) einen Antrag auf Zuschuss zum Krankenversicherungsbeitrag stellen (§ 2 Abs. 1 Satz 1 KiBhV). Bitte fügen Sie dem formlosen Antrag den aktuellen Beitragsbescheid Ihrer gesetzlichen Krankenkasse bei. Sobald sich Änderungen des Krankenversicherungsbeitrags ergeben, legen Sie bitte den neuen Beitragsbescheid vor, damit der Zuschuss angepasst werden kann.

Der Antrag auf Zuschuss zum Krankenversicherungsbeitrag wird wirksam zum Ersten des Monats, in dem der Antrag beim Referat F4.8 eingegangen ist. Der Zuschuss wird längstens für ein Jahr rückwirkend

gezahlt, jedoch nicht über den Beginn des öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnisses hinaus.

Somit können Sie, ohne finanzielle Nachteile befürchten zu müssen, mit der Antragstellung warten, bis Ihnen der Bescheid über die Beiträge zur Krankenversicherung ab Beginn des öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnisses vorliegt.

Den Zuschuss zum Krankenversicherungsbeitrag (vergleichbar dem Arbeitgeberanteil bei privatrechtlich Beschäftigten) gewährt die ELKB in Höhe der Hälfte des paritätisch ermäßigten Beitragsatzes in der gesetzlichen Krankenversicherung (2020: 14,0%) bzw. des paritätisch finanzierten allgemeinen Beitragsatzes (2020: 14,6%).

Kein Zuschuss wird gewährt auf den von den Mitgliedern der Krankenkassen zusätzlich zu zahlenden kassenindividuellen Zusatzbeitrag. Auch zum Beitrag zur Pflegeversicherung wird kein Zuschuss gewährt (siehe Nr. 5 a).

Der Bezug des Zuschusses zum Krankenversicherungsbeitrag setzt voraus, dass sich die Beihilfeberechtigten im Gegenzug verpflichten, die Sachleistungen der gesetzlichen Krankenversicherung (Behandlung auf Versichertenkarte) in Anspruch zu nehmen. Insoweit entfällt der Beihilfeanspruch und findet § 46 Abs. 3 Satz 1 Bayerische Beihilfeverordnung (BayBhV) keine Anwendung (§ 2 Abs. 1 Satz 1 und 2 KiBhV).

Es entstehen Ihnen bei der Behandlung auf Versichertenkarte jedoch keine Kosten (abgesehen von den üblichen Zuzahlungen für Arzneimittel, Verbandsmaterial und Hilfsmittel sowie für Heilmittelbehandlungen wie Massagen und Krankengymnastik). Wird ein Krankenhausaufenthalt nötig, ist die Inanspruchnahme der allgemeinen Krankenhausleistungen, d.h. die Verpflegung, Pflege, Versorgung mit Arzneimitteln und die Unterkunft in der allgemeinen Pflegeklasse (meist Drei- oder Mehrbettzimmer, in modernen Krankenhäusern teilweise auch Zweibettzimmer) sowie der ärztlichen Leistungen mit den Pflegesätzen des Krankenhauses abgegolten. Sie verursacht also regelmäßig keine zusätzlichen Kosten (ausgenommen Zuzahlung von derzeit 10,00 € pro Kalendertag; dieser Eigenanteil ist auf 28 Tage = 280,00 € im Jahr beschränkt; vgl. § 39 Abs. 4 Satz 1 Sozialgesetzbuch Fünftes Buch (SGB V) i. V. m. § 61 Satz 2 SGB V). Anders als beim Krankenhausaufenthalt gilt bei einer ambulanten oder stationären Rehabilitationsmaßnahme keine Zuzahlungsbegrenzung. Nur wenn die ambulante Reha länger als 42 Tage oder stationär länger als sechs Wochen dauert, gilt derzeit eine Höchstgrenze von 28 Tagen für die Zuzahlung. Bei einer Anschlussheilbehandlung sind es ebenfalls maximal 28 Tage (§ 40 Abs. 6 Satz 1 SGB V).

Ein ergänzender Beihilfeanspruch besteht für Zahnersatz (nur Kronen, Brücken, Prothesen und Implantate), Heilpraktiker-Leistungen und Wahlleistungen im Krankenhaus (Zweibettzimmer, bei einer Eigenbeteiligung von 7,50 € pro Aufenthaltstag im Krankenhaus, höchstens für 30 Tage im Kalenderjahr; Chefarztbehandlung, bei einer Eigenbeteiligung von 25,00 € pro Aufenthaltstag). Hierbei ist zu beachten, dass auch für diese Leistungen Beihilfe zum jeweils geltenden Beihilfebemessungssatz gewährt wird, also nicht sämtliche Kosten durch die Beihilfe abgedeckt werden. Am Beispiel der Unterbringung im Ein- oder Zweibettzimmer bedeutet das, dass die Leistungen der gesetzlichen Krankenkasse vom beihilfefähigen Betrag abgezogen werden und auf den Rest Beihilfe nach dem jeweils geltenden Beihilfebemessungssatz gezahlt wird. Wenn Sie garantiert im Ein- oder Zweibettzimmer untergebracht werden wollen, sollten Sie eine private Zusatzversicherung für den Krankenhausaufenthalt in dieser Variante abschließen. Die Krankenversicherer bieten Zusatztarife an, die genau die Deckungslücke zwischen Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung und der Beihilfe schließen.

1.2 Private Krankenversicherung und Beihilfe

Entscheiden Sie sich für eine private Krankenversicherung oder besteht für Sie keine Möglichkeit der Aufnahme in die gesetzliche Krankenversicherung, ist die private Krankenversicherung so abzuschließen, dass die Leistungen der Krankenkasse zusammen mit der Beihilfe einen 100 %igen Ersatz der entstandenen Aufwendungen ergeben (= beihilfekonforme private Krankenversicherung). Eigenbeteiligungen etwa zu Arznei- und Verbandmitteln bleiben davon unberührt.

Die ELKB gewährt den Empfängern und Empfängerinnen von Dienst-, Anwärter-, Versorgungs- und Wartestandsbezügen Beihilfen in Krankheits-, Geburts-, Pflege- und sonstigen Fällen (§ 1 Abs. 1 Satz 1 KiBhV). Dafür findet weitgehend das Beihilfe-Recht des Freistaats Bayern Anwendung. Deshalb gilt gemäß § 1 Abs. 1 Satz 2 KiBhV für die Gewährung von Beihilfen Art. 96 Bayerisches Beamtengesetz (BayBG) in Verbindung mit der Verordnung über die Beihilfefähigkeit von Aufwendungen in Krankheits-, Geburts-, Pflege- und sonstigen Fällen (Bayerische Beihilfeverordnung – BayBhV) in der jeweiligen Fassung, sofern in der Kirchlichen Beihilfeverordnung keine abweichenden oder ergänzenden Regelungen getroffen worden sind.

Beihilfen werden regelmäßig als Vomhundertsatz der beihilfefähigen Aufwendungen (Bemessungssatz) gewährt. Der Beihilfebemessungssatz stellt auf die Person ab, für die Beihilfe beantragt wird (z. B. Beihilfeberechtigte im aktiven Dienst 50%, Beihilfeberechtigte im aktiven Dienst mit mindestens zwei berücksichtigungsfähigen Kindern 70%, berücksichtigungsfähige Ehegatten bzw. eingetragene Lebenspartner 70%, berücksichtigungsfähige Kinder 80%).

Während der Elternzeit besteht ein Anspruch auf Beihilfe für Mitarbeitende im öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis auch, wenn keine Bezüge gezahlt werden (§ 1 Abs. 1 Satz 2 KiBhV i. V. m. Art. 96 Abs. 1 Satz 2 BayBG). Die eigene Beihilfeberechtigung schließt nach § 5 Abs. 3 Satz 1 BayBhV die Berücksichtigungsfähigkeit als Angehöriger aus.

Schon bei Abschluss des Vertrags mit der privaten Krankenkasse sollte beachtet werden, dass – im Gegensatz zu den Beamtinnen und Beamten des Freistaats Bayern –

die kirchlichen Versorgungsempfängerinnen und -empfänger im Ruhestand ihre Versorgung unter Einbeziehung der gesetzlichen Rentenversicherung erhalten (siehe II. Versorgung und Rentenversicherung). Aufgrund dessen kommen die Versorgungsempfängerinnen und -empfänger der ELKB ab Beginn der Rentenzahlung ferner in den Genuss des von der Deutschen Rentenversicherung Bund zusätzlich zur Rente gezahlten – und letztlich von der ELKB aufgebauten – Zuschusses zur privaten Krankenversicherung gemäß § 106 Sozialgesetzbuch Sechstes Buch (SGB VI), der der betreffenden Person in voller Höhe verbleibt und den vergleichbare Beamtinnen und Beamte des Freistaats Bayern nicht erhalten.

Beträgt dieser Zuschuss zu den Aufwendungen für die Krankenversicherung mehr als 78,62 € (Stand: 1. Juli 2020 – Betrag wird jährlich zum 1. Juli mit der Rentenerhöhung angepasst), vermindert sich der Beihilfebemessungssatz um 20 Prozentpunkte (§ 3 KiBhV).

Das heißt, statt eines Beihilfebemessungssatzes von 70% (wie bei den staatlichen Ruheständlern) vermindert sich für kirchliche Versorgungsempfängerinnen und -empfänger der Beihilfebemessungssatz in diesem Regelfall um 20 Prozentpunkte auf 50%. Ein grundsätzlich denkbarer (Teil-) Verzicht auf den Zuschuss der Rentenversicherung zur Krankenversicherung würde an der Verminderung des Beihilfebemessungssatzes nichts ändern, brächte diesbezüglich also nicht nur nichts, sondern wäre zum Nachteil der oder des Betroffenen. Die Regelung trifft auch auf die bei der Beihilfe berücksichtigungsfähigen Ehegatten und Kinder zu.

Wir empfehlen dringend, bei Abschluss des Vertrags mit der privaten Krankenkasse einen Versicherungs-

tarif zu wählen, der bei der Bildung von Alterungsrückstellungen dem Umstand des im Ruhestand abgesenkten Beihilfebemessungssatzes Rechnung trägt. Sprechen Sie Ihre private Krankenkasse aktiv darauf an, da die rechtliche Besonderheit der ELKB nicht allgemein bekannt ist. Alterungsrückstellungen dienen der Dämpfung des Beitragsanstiegs im Alter. Gegebenenfalls müssen Sie Ihren bestehenden Vertrag mit der privaten Krankenkasse unverzüglich anpassen. Wenn Sie dies nicht tun, müssen Sie später im Ruhestand höhere Beiträge zur privaten Krankenversicherung bei dann niedrigerem Einkommen finanzieren.

1.3 Einschränkungen der Beihilfe

Ferner sind Einschränkungen der Beihilfe zu beachten, wenn z. B. eine Pflichtversicherung für die Ehegattin oder den Ehegatten bzw. die eingetragene Lebenspartnerin oder den eingetragenen Lebenspartner in der gesetzlichen Krankenversicherung besteht. Soweit der Gesamtbetrag der Einkünfte der Ehegattin oder des Ehegatten bzw. der eingetragenen Lebenspartnerin oder des eingetragenen Lebenspartners im zweiten Kalenderjahr vor der Stellung des Beihilfeantrages 20.000,00 € im Jahr übersteigt, entfällt die Beihilfe für diese Person. Ein eigener Beihilfeanspruch der Ehegattin oder des Ehegatten bzw. der eingetragenen Lebenspartnerin oder des eingetragenen Lebenspartners ist stets vorrangig.

Die Beihilfevorschriften sehen bei Zahnersatzleistungen Einschränkungen oder Höchstbeträge vor. Einige private Krankenversicherer bieten hier Zusatzversicherungen an, die zumindest einen Teil der Selbstbeteiligung abdecken, die im Beihilferecht vorgesehen ist. Soweit die Zahnersatzleistungen in der privaten Krankenversicherung gesondert versichert werden,

könnte auch ein höherer Prozentsatz abgeschlossen werden. Da Aufwendungen für Implantate nur unter bestimmten Voraussetzungen beihilfefähig sind, ist der für die Beihilfeabrechnung zuständige Stelle vor Behandlungsbeginn ein Heil- und Kostenplan vorzulegen. Bei klassischem Zahnersatz mit Kronen, Brücken oder Prothesen ist ein Heil- und Kostenplan nicht zwingend nötig.

1.4 Allgemeine Hinweise

Zu den verschiedenen Krankenversicherungsarten (gesetzliche oder private Krankenversicherung) können nur allgemeine Hinweise gegeben werden, weil in Krankenversicherungsfragen individuellen Merkmalen erhebliche Bedeutung zukommt. So findet bei Begründung der Mitgliedschaft in einer gesetzlichen Krankenkasse keine Gesundheitsprüfung statt. Die privaten Krankenversicherer dagegen entscheiden über die Annahme eines Versicherungsantrags nach dem Gesundheitszustand (und dem damit verbundenen Risiko aufgrund etwaiger Vorerkrankungen) der Bewerberin oder des Bewerbers für die vorhandene Versichertengemeinschaft.

Der Krankenkassenbeitrag bei Versicherung in einer gesetzlichen Krankenkasse richtet sich nach dem gesetzlich geregelten Beitragsatz und den monatlichen (sozialversicherungspflichtigen) Bruttobezüge und anderen Einnahmen, die für die Beitragsberechnung von den gesetzlichen Krankenkassen bei freiwilliger Mitgliedschaft herangezogen werden dürfen, bis zur jeweils aktuellen Beitragsbemessungsgrenze. Für nichterwerbstätige Ehegatten oder eingetragene Lebenspartner sowie nichterwerbstätige Kinder bis zum 25. Lebensjahr wird in der Regel kein eigener Beitrag erhoben (beitragsfreie Familienversicherung).

Dagegen ist bei Versicherung in einer privaten Krankenkasse für jede versicherte Person ein eigener Beitrag zu zahlen. Dieser richtet sich u. a. nach dem Eintrittsalter der versicherten Person und unter Umständen auch nach bestehenden Gesundheitsrisiken bei Eintritt in die private Krankenkasse (gegebenenfalls werden Risikozuschläge erhoben bzw. bestimmte Leistungen ausgeschlossen).

Entscheidungen im Blick auf den Krankenversicherungsschutz, insbesondere die Entscheidung, einen privaten Krankenversicherungsvertrag abzuschließen, sind häufig unumkehrbar. Sollte über die gegebenen Hinweise hinaus Informationsbedarf bestehen, steht das Referat F 4.8 für allgemeine Rückfragen gern zur Verfügung (Kontaktmöglichkeiten siehe Nr. 6). Eine detaillierte Beratung kann und darf das Referat aber nicht übernehmen, weshalb es sich empfiehlt, ggf. Vergleichsangebote gesetzlicher und privater Krankenkassen einzuholen.

1.5 Pflegeversicherung

Die Pflegeversicherung wurde am 1. Januar 1995 als eigenständiger Zweig der Sozialversicherung eingeführt. Es gilt eine umfassende Versicherungspflicht für alle gesetzlich und privat Krankenversicherten. Der Beitragssatz beträgt bundeseinheitlich 3,05% der beitragspflichtigen Einnahmen der Mitglieder (§ 55 Abs. 1 Satz 1 Sozialgesetzbuch Elftes Buch (SGB XI)), gegebenenfalls zuzüglich eines Beitragszuschlags für Kinderlose von 0,25 Beitragssatzpunkten (§ 55 Abs. 3 Satz 1 SGB XI).

1.5.1 Freiwillig in der gesetzlichen Krankenversicherung versicherte Beihilfeberechtigte werden bei ihrer Krankenkasse automatisch in die soziale Pflegepflichtversicherung aufgenommen (§ 20 Abs. 3

SGB XI). Allerdings müssen sie nur die Hälfte des Beitrages zahlen (§ 55 Abs. 1 Satz 2 SGB XI; derzeit 1,525 %, ggf. zuzüglich eines Beitragszuschlags für Kinderlose von 0,25 Beitragssatzpunkten), weil eine Beihilfeberechtigung auch für den Fall der Pflege besteht. Die Leistungen der sozialen Pflegepflichtversicherung werden nur zur Hälfte erbracht, die andere Hälfte wird nach den Beihilfevorschriften als Beihilfe gewährt. Aus diesem Grunde ist die Gewährung eines Zuschusses zum Beitrag zur sozialen Pflegeversicherung ausgeschlossen.

1.5.2 Privat krankenversicherte Beihilfeberechtigte müssen bei ihrer privaten Krankenkasse eine private Pflegepflichtversicherung (PPV) als Ergänzung zur Beihilfe gemäß dem jeweils geltenden Beihilfebemessungssatz (beihilfekonform) abschließen (§ 23 Abs. 3 SGB XI). Die Leistungen sind denen der sozialen Pflegeversicherung gleichwertig. An die Stelle der Sachleistungen tritt jedoch die Kostenerstattung – wie sonst auch bei der privaten Krankenversicherung.

1.6 Beihilfe – Fristen und Zuständigkeiten

Informationen rund um das Thema „Beihilfe“ sowie Formulare finden Sie auch im Intranet der ELKB unter: <https://www2.elkb.de/intranet/node/19410>.

1.6.1 Ausschlussfrist für die Gewährung von Beihilfe

Bitte beachten Sie, dass für Aufwendungen, die seit dem 1. Januar 2020 entstanden und in Rechnung gestellt worden sind, eine Beihilfe nur gewährt wird, wenn sie innerhalb von drei Jahren nach Entstehen der Aufwendungen oder der Ausstellung der Rechnung beantragt wird (Ausschlussfrist).

Für Aufwendungen, die bis einschließlich 31. Dezember 2019 entstanden und in Rechnung gestellt worden sind, wird Beihilfe weiterhin nur gewährt, wenn sie innerhalb eines Jahres nach Entstehen der Aufwendungen oder der Ausstellung der Rechnung beantragt wird (Ausschlussfrist).

Maßgebend für die Wahrung der Ausschlussfrist ist das Datum des Eingangs bei der den Beihilfeantrag bearbeitenden Stelle – regelmäßig also das Datum des Eingangs des Beihilfeantrags bei der BBZ in Bad Dürkheim.

1.6.2 Beihilfeabrechnung

Die ELKB hat die Beihilfeabrechnung für ihre Beihilfeberechtigten an die BBZ Beihilfe- und Beratungszentrum GmbH ausgelagert. Beihilfeanträge sind somit direkt an das BBZ in Bad Dürkheim zu richten.

BBZ Beihilfe- und Beratungszentrum GmbH
Bruchstraße 54 a
67098 Bad Dürkheim
Telefon 06322 9463-0
E-Mail www.bbz-beihilfe.de
Fax 06322 9463-50

Zu Abrechnungsfragen wenden sich Beihilfeberechtigte der ELKB bitte ebenfalls direkt an das BBZ (vgl. auch <https://www.bbz-beihilfe.de/kontakt.html>)

1.6.3 Zuständiges Referat im Landeskirchenamt

Sobald das Personalservicezentrum des Landeskirchenamts die entsprechenden Informationen unter Beifügung einer Fotokopie des aktuellen Versicherungsscheins der Krankenkasse übermittelt, teilt das Referat F 4.8 dem BBZ in Bad Dürkheim die Begründung eines öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnisses mit – und damit die Bei-

hilfeberechtigung der betreffenden Person.

Das Referat F 4.8 ist wie folgt zu erreichen:

Evangelisch-Lutherische Kirche in Bayern
Landeskirchenamt
Referat F 4.8 – Beihilfe
Postfach 20 07 51
80007 München

E-Mail beihilfe@elkb.de
Dr. Renate Koch (Referatsleitung)
Renate.Koch@elkb.de
Tel. 089 5595 662

Oliver Dargatz
Oliver.Dargatz@elkb.de
Tel. 089 5595 412

Gabriele Heinrich
Gabi.Heinrich@elkb.de
Tel. 089 5595 229 (Mo-Do)
Theodor Schoch
Theodor.Schoch@elkb.de
Tel. 089 5595 317

Fax 089 5595 8876

2. Versorgung und Rentenversicherung

Die Versorgung der in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis stehenden Beschäftigten – das heißt der Pfarrerrinnen und Pfarrer sowie der Kirchenbeamtinnen und Kirchenbeamten, zu denen auch Religionspädagoginnen, Religionspädagogen, Diakoninnen und Diakone zählen – ebenso wie die Versorgung der Hinterbliebenen dieser Beschäftigten (Witwen, Witwer, Waisen) gewährleistet die ELKB nach Maßgabe des Versorgungsneuregelungsgesetzes (VNG, RS 760) unter Einbeziehung der gesetzlichen Rentenversicherung. Deshalb sind alle öffentlich-rechtlich Beschäftigten der ELKB während ihrer aktiven Dienstzeit in der gesetzlichen Rentenversicherung

pflichtversichert und zahlt die ELKB auch für diesen Personenkreis in die gesetzliche Rentenversicherung ein.

2.1 Pflichtversicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung

Da sie alle öffentlich-rechtlich Beschäftigten – anders als der Staat – in der gesetzlichen Rentenversicherung pflichtversichert, übernimmt die ELKB als Dienstherrin sämtliche Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung. Die ELKB zahlt also auch den Versichertenanteil am Pflichtbetrag zur gesetzlichen Rentenversicherung, der sonst als Arbeitnehmeranteil von der oder dem Rentenversicherten selbst zu tragen ist. Die Übernahme des Versichertenanteils erfolgt gemäß Art. 1 Abs. 3 Satz 1 VNG als Zuschlag zum Grundgehalt (Rentenversicherungszuschlag). Die den Mitarbeitenden dadurch entstehende steuerliche Mehrbelastung wird durch einen weiteren Zuschlag ausgeglichen – und zwar durch den Steuerabgeltungszuschlag gemäß § 1 Steuerabgeltungsverordnung (SteuerAbgV, RS 762).

2.2 Anrechnung von Leistungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung

Diejenigen Rentenleistungen, für die die ELKB oder ein anderer Dienstherr oder Dienstgeber aufgrund von Art. 1 VNG die gesamten Beitragsleistungen zur gesetzlichen Rentenversicherung erbracht hat, rechnet die ELKB gemäß Art. 1 Abs. 4 VNG in voller Höhe auf die Besoldungs- und Versorgungsleistungen an. Hauptanwendungsfall der Rentenanrechnung ist die Altersrente aus der gesetzlichen Rentenversicherung, die die oder der öffentlich-rechtlich Beschäftigte der ELKB mit Erreichen der Regelaltersgrenze von der Deutschen Rentenversicherung Bund erhält.

Die Details zur Rentenanrechnung auf die Versorgung bestimmt § 34 Kirchliches Versorgungsgesetz (KVersG, RS 750). Die Rentenanrechnung auf die Besoldung regeln § 6 Kirchenbeamtenbesoldungsgesetz (KBBesG, RS 605) und § 9 Pfarrbesoldungsgesetz (PfBesG, RS 550) gleichermaßen unter Verweis auf § 34 KVersG.

Zudem erhalten Rentenbezieherinnen und -bezieher, ob freiwillig gesetzlich oder privat krankenversichert, von der gesetzlichen Rentenversicherung zusätzlich zur Rente einen – letztlich von der ELKB aufgebauten – Zuschuss zur Krankenversicherung gemäß § 106 SGB VI. Dieser Zuschuss wird nicht auf die Besoldung oder die Versorgung angerechnet, sondern verbleibt der betreffenden Person in voller Höhe.

Bei privat krankenversicherten Versorgungsempfängerinnen und -empfängern führt der Zuschuss der Deutschen Rentenversicherung Bund zur privaten Krankenversicherung gemäß § 106 Abs. 3 SGB VI aufgrund der Regelung des § 3 KiBhV regelmäßig zu einer Verminderung des Beihilfebemessungssatzes um 20 Prozentpunkte (siehe oben 1. 2.).

2.3 Hinterbliebenenversorgung

Mit dem Tod des oder der öffentlich-rechtlichen Beschäftigten der ELKB erwirbt die Witwe oder der Witwer einen eigenen Anspruch auf (Hinterbliebenen-) Versorgung durch die ELKB. Mithin erhält eine Witwe Witwengeld von der ELKB und, da die ELKB die Versorgung unter Einbeziehung der Rentenversicherung gewährleistet, von der Rentenversicherung eine Witwenrente, die auf die Versorgungsbezüge in Gestalt des Witwengelds angerechnet wird. Hinzu tritt der Zuschuss zur Krankenversicherung gemäß § 106 SGB VI, der von der ELKB nicht angerechnet wird.

Mit dem Anspruch auf Hinterbliebenenversorgung verbunden ist die Beihilfeberechtigung der Witwe oder des Witwers. Allerdings handelt es sich nunmehr um eine Beihilfeberechtigung aus eigenem Recht – und nicht mehr als berücksichtigungsfähige Ehegattin oder berücksichtigungsfähiger Ehegatte. Das wirkt sich regelmäßig auf den Beihilfebemessungssatz aus. Erreicht oder überschreitet der aufgrund und neben der Witwenrente von der gesetzlichen Rentenversicherung gezahlte Zuschuss zur privaten Krankenversicherung gemäß § 106 SGB VI, der nicht auf das Witwengeld angerechnet wird, sondern der betreffenden Person in voller Höhe verbleibt, den für das jeweilige Jahr geltenden Grenzbetrag von aktuell 78,62 € (Stand: 1. Juli 2020 – Betrag wird jährlich zum 1. Juli angepasst), ermäßigt sich der Beihilfebemessungssatz gemäß § 3 KiBhV um 20 Prozentpunkte – also von 70 auf 50 Prozent, solange der Zuschuss gezahlt wird

2.4 Arbeiten über die Regelaltersgrenze hinaus

Inzwischen ist der Eintritt in den Ruhestand auch für Mitarbeitende im öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis flexibilisiert worden. Wenn es im dienstlichen Interesse der ELKB liegt, können Pfarrerrinnen und Pfarrer gemäß § 87a Pfarrdienstgesetz der EKD (PfdG.EKD, RS 500) sowie Kirchenbeamtinnen und Kirchenbeamte gemäß § 66a Kirchenbeamtengesetz der EKD (KBG.EKD, RS 600) über die Regelaltersgrenze hinaus weiterarbeiten. Liegt das dienstliche Interesse vor, genehmigt die ELKB mit Bescheid des Landeskirchenamts das Hinausschieben des Eintritts in den Ruhestand um den vorgesehenen Zeitraum.

Hierbei sind folgende Punkte zu beachten:

2.4.1 Verzicht auf die Versicherungsfreiheit in der gesetzlichen Rentenversicherung

Nach Ablauf des Monats, in dem die betreffende Person ihre Regelaltersgrenze erreicht hat und eine Vollrente wegen Alters bezieht, ist sie in der gesetzlichen Rentenversicherung versicherungsfrei (§ 5 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 SGB VI), so dass kein Arbeitnehmeranteil mehr anfällt. Die ELKB als Dienstherrin muss aber trotzdem weiterhin den Arbeitgeberanteil zur Rentenversicherung zahlen. Rentensteigernd wirkt sich dieser allerdings nicht aus und ist damit für die Höhe der Rente „verloren“.

Dieser „Verlust“ wird dadurch vermieden, dass die betreffende Person gegenüber der ELKB als ihrer Dienstherrin schriftlich auf die Versicherungsfreiheit in der gesetzlichen Rentenversicherung verzichtet (§ 5 Abs. 4 Satz 2 SGB VI). Dann zahlt die ELKB weiter – wie bisher – neben dem Arbeitgeberanteil den auf der Gehaltsmitteilung als Rentenversicherungszuschlag ausgewiesenen Arbeitnehmeranteil zur Rentenversicherung und gleicht der betreffenden Person die dadurch entstehende Steuererbelastung im Wege des Steuerabgeltungszuschlags aus, so dass auch die Besoldung – wie bisher – weitergezahlt wird.

Die Verzichtserklärung führt also dazu, dass sich das Weiterarbeiten aufgrund der Weiterzahlung des Arbeitnehmeranteils (= Rentenversicherungszuschlags) durch die ELKB rentensteigernd auswirkt und sich die anrechenbare Rente erhöht. Der Verzicht auf die Rentenversicherungsfreiheit hat keine Nachteile für die Versorgung der den Eintritt in den Ruhestand hinausschiebenden Person. Im Gegenteil erwirbt diese mit ihrem Weiterarbeiten zusätzliche ruhegehaltfähige Dienstzeit, so dass sich ihre

Versorgung erhöht, sofern nicht bereits der Höchstruhegehaltssatz erreicht ist.

Der Verzicht auf die Rentenversicherungsfreiheit kann nur für die Zukunft und nicht rückwirkend erfolgen. Daher ist die Erklärung zum Verzicht auf die Rentenversicherungsfreiheit bei Bezug einer Vollrente wegen Alters nach § 5 Abs. 4 SGB VI dem Personalservicezentrum der ELKB so rechtzeitig zuzuleiten, dass sie zur Entscheidung über die Genehmigung des Hinausschiebens des Ruhestandseintritts vorliegt.

2.4.2 Beantragung der Regelaltersrente

Die Mitarbeitenden im öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis sind verpflichtet, alle von der rentenversicherten Person abhängigen Voraussetzungen für die Zahlung einer Rente wegen Alters nach dem Sozialgesetzbuch Sechstes Buch herbeizuführen, insbesondere die nach den Vorschriften der gesetzlichen Rentenversicherung erforderlichen Anträge zu stellen, Willenserklärungen abzugeben und Nachweise vorzulegen (vgl. Art. 1 Abs. 7 VNG). Die Altersrente soll gemäß Art. 1 Abs. 7 Satz 2 VNG so rechtzeitig beantragt werden, dass die Rentenzahlung zum frühestmöglichen Zeitpunkt beginnt.

Auch bei Weiterarbeiten über die Regelaltersgrenze hinaus ist die Altersrente daher zum frühestmöglichen Zeitpunkt bei der Rentenversicherung zu beantragen. Bei der Antragstellung unterstützt das Referat F 4.8 die öffentlich-rechtlich Mitarbeitenden gern (Kontakt: Bianca Behrens, E-Mail: bianca.behrens@elkb.de; Telefon 089 5595 392).

Kann der Rentenbescheid nicht rechtzeitig erstellt werden, zahlt die ELKB die Besoldung zunächst

ohne Rentenanrechnung weiter. Dafür ist die Rentennachzahlung an die ELKB abzutreten.

2.4.3 Besoldung unter Anrechnung der Leistungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung

Bei Weiterarbeit über die Regelaltersgrenze hinaus setzt sich der aktive Dienst der betreffenden Person fort. Ihre Besoldung wird also – nicht zuletzt aufgrund des Verzichts auf die Versicherungsfreiheit in der gesetzlichen Rentenversicherung – mit allen bekannten Bezüge-Bestandteilen weitergezahlt.

Die mit Überschreiten der Regelaltersgrenze zur Auszahlung kommende Altersrente aus der Deutschen Rentenversicherung Bund wird, soweit die ELKB hierfür die gesamten Beitragsleistungen erbracht hat, auf die Besoldung angerechnet – je nach öffentlich-rechtlichem Dienstverhältnis gemäß § 6 KBBesG oder § 9 PfBesG. An den Bruttobezügen ändert sich dadurch nichts. Die betreffende Person erhält ihre Bezüge für den

jeweiligen Bezugsmonat de facto nur aufgeteilt auf zwei Zahlungen von der ELKB und der Deutschen Rentenversicherung Bund.

2.4.4 Zuschuss zu den Aufwendungen für die Krankenversicherung

Auch wenn noch im aktiven Dienst stehend, erhalten die öffentlich-rechtlich Mitarbeitenden, ob freiwillig gesetzlich oder privat krankenversichert, aufgrund des Rentenbezugs von der gesetzlichen Rentenversicherung zu ihrer Rente einen – letztlich von der ELKB aufgebauten – Zuschuss zur Krankenversicherung gemäß § 106 SGB VI. Dieser Zuschuss wird nicht auf die Besoldung angerechnet.

2.4.5 Auswirkungen auf die Beihilfe bei privater Krankenversicherung

Sobald ein Anspruch auf Zuschuss zur privaten Krankenversicherung von mindestens 78,62 € (Stand: 1. Juli 2020 – Betrag wird jährlich zum 1. Juli angepasst) besteht,

vermindert sich der Beihilfebemessungssatz, wie bereits erläutert, um 20 Prozentpunkte (§ 3 Satz 1 KiBhV) – d. h. von im aktiven Dienst in der Regel 50 % um 20 Prozentpunkte auf 30 %. Daran lässt sich auch durch einen Teilverzicht oder einen Verzicht auf den Anspruch auf Zuschuss gegenüber dem Rentenversicherungsträger nichts ändern.

Der Vertrag mit der privaten Krankenkasse ist umgehend auf diese Rechtslage nach der Kirchlichen Beihilfeverordnung anzupassen (sog. beihilfekonforme private Krankenversicherung).

Rückfragen zur Beihilfe sind unter Beihilfe@elkb.de möglich. Für Rückfragen zur Krankenversicherung ist die private Krankenkasse die richtige Adressatin.

*Dr. Renate Koch,
Kirchenrechtsdirektorin,
Landeskirchenamt München*

■ ■ Bericht aus der 134. Sitzung der Pfarrerkommission mit Vertretern des Landeskirchenamtes

An ungewöhnlichem Ort, in der St. Markus Kirche in München, trafen sich am 23. Oktober die Mitglieder der Pfarrerkommission mit Vertretern des Landeskirchenamtes.

Zu Amtszimmer, Ausstattung und Materialkosten im Homeoffice refe-

rierte Alexander Esser, Referent für Gemeindefinanzen in der Abt. E. Er bot an, die in Rechtssammlung und Haushaltsbekanntmachungen verstreuten Regelungen in einem Merkblatt zusammenzustellen und dort auch die Fundstellen anzugeben. Die Pfarrerkommission dankt

ihm für diesen Service. Außerdem bittet sie darum, alle verfügbaren Informationen zum Thema Homeoffice (z. B. Ausstattung mit Kopierer, Erstattung von Druckkosten, aber auch Datensicherheit) im Intranet einfacher auffindbar zu machen.

Zur Frage des Amtszimmers betont Herr Esser, dass allen Pfarrer*innen, die einen Anspruch auf ein Amtszimmer haben, eines von der Kirchengemeinde zur Verfügung gestellt oder die Pauschale bezahlt werden muss. Die Regelungen zu Größe und Alleinnutzung nach Pfarrhausbaurichtlinien sind dabei zu beachten.

Herr Reimers unterstützt die Ansicht der Pfarrerkommission, dass es hilfreich wäre, für den Fall, dass das Amtszimmer nicht der Dienstsitz ist, das Amtszimmer als Dienstsitz zu deklarieren. Auf diese Weise werden Fahrtkosten ab Amtszimmer abrechnungsfähig.

Erprobungsgesetz

Die Pfarrerkommission sieht ein Problem darin, wenn für Gemeindepfarrstellen, die immer Grundaufgaben wie Kasualien, Gottesdienste, Vertretung der Kirchengemeinde in die Öffentlichkeit usw. erfüllen müssen, andere Berufsgruppen eingesetzt werden, die dafür nicht die Ausbildung haben und sich in Dienstrecht, Arbeitszeit und Bezahlung unterscheiden. Anders sieht es aus, wenn eine Stelle in einem Arbeitsbereich zu besetzen ist, in dem die anderen Qualifikationen gut gebraucht werden, z.B. Jugendarbeit. Das entspräche auch dem, was ein multiprofessionelles Team auszeichnet: verschiedene Qualifikationen und Aufgaben in einem Team. Wer Pfarrdienst macht, braucht dafür die entsprechende Qualifikation. Dazu gebe es bereits einen zweiten Zugangsweg, die Pfarrverwalterausbildung, die allerdings noch zu verbessern wäre. Herr Reimers sichert zu, dass das Thema angegangen werde.

Der Pfarrerverein (oder die Pfarrerkommission?) will dafür einstehen, dass der Pfarrberuf in Qualität und seinen wesentlichen Aufgaben erhalten bleibt. Herr Reimers erklärt,

dass die beruflichen Identitäten unbedingt zu wahren sind. Dafür seien Qualifikationen, die Schärfung der Profile und berufsbegleitende Ausbildungen notwendig. Die Lockerung sei mit klaren Regeln verbunden. Der Prozess „Miteinander der Berufsgruppen“ müsse weitergehen.

RU-Verteilungsverordnung

Teil der Erprobungsregelungen soll sein, dass der RU nach demselben Maß bemessen wird, wie bei anderen Berufsgruppen. Damit gelten 6 Stunden Regelstundenmaß als 25 % einer vollen Pfarrstelle. Enthalten sind darin alle Aufgaben an/mit Schule und alle Fahrzeiten. Es sei vorgesehen, dass Pfarrer*innen verstärkt Aufgaben tauschen können. Dazu muss die Religionsunterrichtsverteilungsvorordnung (RS 151) angepasst werden. Außerdem sollen die Ermäßigungsaltersgrenzen an die Altersregelung des Freistaates Bayern für seine Lehrkräfte angepasst, also nach oben gesetzt werden.

Die Pfarrerkommission bittet dringend um eine menschenfreundliche Regelung für alle Altfälle. Außerdem hält sie manche Regelungen für realitätsfern. Es dürfe nicht alle pauschal gerechnet werden, da die Verhältnisse sehr unterschiedlich seien, Schulgottesdienste oft mehr als RU-Klassen. Lange Anfahrten sollten berücksichtigt werden können. Dazu wird gesagt, dass es aber so gedacht sei, „die Chance besteht im gabenorientierten Einsatz“. Auf die Frage nach den Modalitäten, wenn RU nicht einfach getauscht werden kann, wenn keine sinnvollen Blöcke entstehen oder zu viele Schulen bedient werden müssen, oder wenn kein Tauschpartner zur Verfügung steht, wird auf die Erprobung verwiesen. Das gleiche gelte für die Frage, wie sinnvoll Einschnitte in die Gemeindegarbeit seien und wie gewährleistet wird, dass hier nicht einfach nur die Kosten erhöht

werden, ohne dass es eine entsprechende Entlastung gibt. Wenn der RU künftig mit 25% gewertet wird, müssten die anderen pastoralen Aufgaben ja reduziert werden. Das Thema ist auf Wiedervorlage für April gesetzt.

Altersteilzeit

Thema der Aussprache ist ein Artikel im Korrespondenzblatt, wonach Altersteilzeit (ATZ) nur noch in Ausnahmefällen genehmigt werde. Dieser Darstellung widerspricht Herr von Andrian, denn bisher sei fast jeder Antrag, soweit genehmigungsfähig, auch genehmigt worden. Derzeit gibt es 67 Fälle von ATZ, davon 40 Personen in der Aktivphase und 27 Personen in der Passivphase. Laut Berechnung des RPA kostet ein ATZ-Fall im Durchschnitt 45.000 € pro Pfarrer*in.

OKR Reimers weist darauf hin, dass die derzeitige Praxis der ATZ aus personellen und finanziellen Gründen geändert werden müsse. Die Pfarrerkommission erklärt, dass es nicht nur um Geld gehe, sondern auch die Frage „Was gewinne ich, wenn ich ATZ gewähre?“ zu stellen ist, unter anderem als ein Aspekt altersgerechten Arbeitens.

Personalprognose, 20 Thesen zur Personalplanung

Zum Thema Personalprognose und Finanzen macht die Pfarrerkommission darauf aufmerksam, dass der erschreckende Personalrückgang in fast allen Berufsgruppen in den nächsten 15 Jahren in der Finanzplanung bis 2030 offensichtlich nicht berücksichtigt ist, aber von hoher Relevanz wäre, da die Personalkosten ca ¾ des Haushaltes ausmachen. Sie fordert die Kostenprognose zu verändern, da mit den Planungszahlen Entscheidungen zur Haushaltsplanung beeinflusst werden. Herr Reimers argumentiert damit, dass die Aus-

wirkungen erst in einigen Jahren sichtbar würden und die Berechnungen noch liefen. Er sagt zu, dass sie – so die Hoffnung –, bis zur Herbsttagung der Landessynode einbezogen würden.

Stand Ausgleich Zwangsstellenteilung

Dr. Renate Koch berichtet, dass der Landeskirchenrat den Vorschlag weiter prüfen lässt, als symbolische Anerkennung mit dennoch finanziellem Gegenwert jeder betroffenen Person für Zeiten verpflichtender Stellenteilung pauschal drei Jahre, also 1,5 ruhegehaltfähige Dienstjahre, gutzuschreiben. Die Pfarrerkommission hält den Umfang der überfälligen Anerkennung für zu gering und erinnert an das Versprechen, dass eine Regelung auch rückwirkend geltend gemacht werden soll. Frau Dr. Koch sichert zu, dass bei Personen, die nach einem diesbezüglichen Beschluss der Landessynode bereits im Ruhestand sind, ggf. eine Neufestsetzung der Versorgungsbezüge erfolgen würde.

Beihilfe: Info über den aktuellen Stand – und die Verbesserung der Bearbeitungszeiten

Frau Dr. Koch berichtet, dass die eingeleiteten Maßnahmen zur Verbesserung der Situation in der Beihilfeabrechnung inzwischen greifen. Die Bearbeitungsdauer der Beihilfeanträge lag Ende September 2020 wieder zwischen drei und fünf Wochen. Aktuell hat das BBZ auf zwei völlig voneinander getrennte Teams umgestellt, um auch im Fall einer Corona-Erkrankung arbeitsfähig zu bleiben. Außerdem sei es ihm gelungen, in allen ihr genannten Problemfällen Lösungen zu finden.

Berufliches Eingliederungsmanagement (BEM)

BEM gibt es im Landeskirchenamt und in anderen großen Einrich-

tungen, aber in der Fläche immer noch nicht. Die Pfarrerkommission geht davon aus, dass sich die dort auch für Pfarrer*innen erprobten Regelungen in der Fläche umsetzen ließen. Das Landeskirchenamt wird aufgefordert, die für die Umsetzung nötigen Schritte einzuleiten. Es wird ein Sondertermin verabredet, um hier endlich weiter zu kommen.

Schwerbehindertenvertretung

Tanja Niessen (Rechtsreferentin, Abt. F) führt in das Thema ein und macht deutlich, dass die staatlichen Regelungen für Teilhabe, Hilfen usw. für alle gelten – außer für Pfarrer*innen. Dies soll sich ändern. Über die notwendigen Formen und Regelungen gibt es allerdings noch Gesprächsbedarf.

Corona – Arbeitsschutz im Pfarramt

Die Pfarrerkommission brachte aktuelle Fragen und Problemstellungen aus der Pfarrerschaft ein. Gerade was den eigenen Schutz und die Möglichkeit von Befreiung von Tätigkeiten betrifft herrscht viel Unsicherheit. Das gleiche gilt für künftige Impfungen.

Andreas Hetzel referiert darüber, dass alle für Pfarrämter wichtigen Updates auf der Corona-Seite im Intranet zu finden sind. Man könne vom Münchner Schreibtisch aus keine Checkliste für alle Gegebenheiten erstellen. Hier sei die situative Abstimmung vor Ort das bessere Mittel. Herr Reimers betont ausdrücklich, dass den Pfarrer*innen und Pfarrern zuzumuten ist, vor allem denen in Leitungsfunktion, die momentan gebrauchten Informationen selbst zu suchen bzw. zu finden.

Vikariat 2026

Ausbildungsreferentin Isolde Schmucker berichtet über die

Schwerpunkte in dem auf 2 Jahre verkürzten Vikariat. Dabei soll u. a. die Verantwortung der Vikar*innen für Ihre Ausbildung gestärkt werden, modular auch in kursübergreifenden Gruppen gelernt werden. Konstanz und Flexibilisierung müssen sich abwechseln. Angedacht sind Pflicht-, Wahlpflicht- und Wahlkurse. An einem Ausbildungsplan wird gearbeitet. Später sollen Experten herangezogen werden.

Frau Hektor berichtet aus der Gruppe Religionsunterricht und Bildung, dass kaum Wahlfreiheit möglich scheint. (Frau Schmucker geht davon aus, dass das dem Thema der Gruppe geschuldet sei.) Außerdem sei die Menge der Dinge, die gelernt, geübt und bedacht werden sollen, gewachsen, bei gleichzeitiger Verkürzung des Vikariates. Es bestehe die Versuchung, was man nicht unterbringt, in die FEA zu verschieben. Das würde allerdings die als gut und notwendig erlebte Freiheit dieser Zeit sehr beschneiden. Außerdem sollten am Ende des Vikariats definitiv alle Prüfungen abgelegt sein.

Herr Reimers: Durch die Verkürzung des Vikariats werden andere Punkte betont, so z.B. wird 1/2 Jahr früher ein Pfarrergehalt bezogen werden können. Die Inhalte, die in die FEA kommen könnten, werden nicht abgeprüft. Derzeit laufe der Versuch, in digitalen Räumen zu arbeiten, um überhaupt weiterarbeiten zu können.

Stichprobe

Frau Heike Olbrich, Leiterin Personalservicezentrum, führt aus, dass mit Hilfe der Stichprobe Versorgung geprüft wurde, ob die Parameter für die Pensionsrückstellungen noch stimmen. Man hatte im Rechnungsprüfungsamt angenommen, dass alles deutlich teurer würde. Dies ist erfreulicherweise nicht der Fall.

Examen 2020

Anlass war die hohe Durchfallquote und Rückmeldungen über den Umgang mit Fragen, Problemen und zur Kommunikation. Das konnte nur angemahnt werden, da der Referent kurzfristig verhindert war.

Die Pfarrerkommission meint außerdem, dass ein Mentorenwechsel kein Grund für ein Eignungsabklärungsverfahren sein sollte. Für alle Eignungsabklärungsgespräche sei außerdem deutlich zu kommunizieren, dass es sich um ein Dienstgespräch handelt. Außerdem wäre günstig, wenn geklärt wäre, dass man jemanden aus dem Pfarrerausschuss als Begleitung mitnehmen kann. Eine Klärung ist zugesagt.

Pfarrdienstwohnungen, Versteuerung des geldwerten Vorteils

Dr. Otmar Funk berichtet von einer Gesetzesänderung, die Menschen zugutekommen soll, die in einer vergünstigten (Dienst-)Wohnung wohnen. Allerdings ist dort von einer Miete bzw. einem Entgelt die Rede. Pfarrdienstwohnungen sind aber mietfrei, auch wenn sie den Nutzer etwas kosten. Nun stellt sich die Frage, ob der pauschalierte Abzugsbetrag (Dienstwohnungsabschlag), der ja in der Höhe mit einer vergünstigten Miete durchaus mithalten kann, als Mietäquivalent gelten kann, so dass auch wir in den Genuss der Regelung kommen. Außerdem sind Dienstgeber und Dienstwohnungsgeber verschieden, da die Wohnung Sache der Gemeinde ist.

Noch laufen Bemühungen, dies mit den Finanzbehörden zu klären. Bisher leider ohne jede Rückmeldung. Sollte es keine entsprechende Einigung geben, schlagen Frau Hektor und Herr Funk vor, in einer gemeinsamen Aktion von Pfarrerverein und

den Abteilungen E und F eine juristische Klärung herbeizuführen. Die Kosten für die Kanzlei GMDP und eine in Bayern ansässige schlagkräftige Rechtsvertretung würden wir uns teilen. Außerdem würden wir gemeinsam nach möglichen Präzedenzfällen suchen. Der Verein würde für alle nötige Kommunikation seine Infrastruktur zur Verfügung stellen. Die Pfarrerkommission

bittet dringend darum, hier an einem Strang zu ziehen.

Der Vorschlag trifft auf allgemeine Zustimmung. Die Gespräche mit den Finanzbehörden sollen aber noch abgewartet werden.

*Corinna Hektor, 1. Vorsitzende
Daniel Tenberg, 2. Vorsitzender*

Liebe Leserin, lieber Leser

wichtige Nachrichten erreichen Sie vor dem Jahresende: der Wahlauf Ruf zur Vorstandswahl, eine Information zur Frühjahrstagung, eine längere Information über Beihilfe und Versorgung und ein Bericht unserer beiden Vorsitzenden aus der Pfarrerkommission. Gehen Sie informationsmäßig gut vorbereitet in das Jahr 2021, das uns hoffentlich Erleichterung in der Corona-Pandemie bringen wird. Bleiben Sie gesund!

Ihr CW